

EDITION



DLR Projektträger

DEMOKRATIEBILDUNG NEU DENKEN

AUSGABE



eins

Inhalt

01 Editorial

02 Künstliche Intelligenz gestalten
und Demokratie stärken

12 Mündig wird, wer mitgestalten darf

23 Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie haben gerade die erste Ausgabe der Edition vor Augen, die Nummer eins unseres neuen Formats für Gedanken und Impulse zu aktuellen Themen, für faktenfundierte Erkenntnis und erfahrungsbasierte Expertise. Als Projektträger sind wir Anwalt des Fortschritts zum Wohle der Gesellschaft. Wenn die Edition gelesen, geteilt und weitergedacht wird sowie den Austausch im Sinne des Diskurses anregt, freuen wir uns. Denn genau so entsteht Fortschritt.

Thema unserer ersten Ausgabe ist Demokratiebildung. Nicht von ungefähr. Denn Fortschritt lebt von Meinungsvielfalt und wissenschaftlicher Offenheit in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat. Demokratie ist der Boden, auf dem sich die Gemeinschaft der Menschen in einer Gesellschaft in Freiheit positiv entwickeln kann.

Demokratie ist aber kein Selbstläufer. Sie muss gelernt, geübt und aktiv gestaltet werden. Sie ist eine kontinuierliche Bildungsaufgabe unter Rahmenbedingungen, die sich schnell wandeln. Künstliche Intelligenz und soziale Plattformen verändern die Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs gravierend. Sie bieten neue Chancen der Information und des Austauschs, sind aber auch Treiber für Desinformation und Polarisierung.

Wie kann Demokratiebildung auf diese Veränderungen reagieren? Wie kann sie unter neuen Bedingungen gelingen und damit das Fundament für eine freie und prosperierende Gesellschaft stärken? Darum geht es in dieser Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.



Klaus Uckel
Vorsitzender der
Geschäftsleitung



DIGITALISIERUNG & GESELLSCHAFT

Künstliche Intelligenz gestalten und Demokratie stärken



von Dr. Cedric Janowicz



Welche Auswirkungen haben die Nutzung und breite Implementierung von KI-Technologien auf demokratische Zusammenhänge? Die zentrale These dieses Essays ist: KI-Technologien müssen bewusst gestaltet werden. Denn andernfalls besitzen sie die Kraft, eine demokratieerodierende Wirkung zu entfalten. Nicht zuletzt deshalb, weil algorithmusgesteuerte Plattformen großen Einfluss auf die Mediennutzung und die politische Meinungsbildung junger Menschen haben.

Nicht wenige Stimmen aus Wissenschaft und öffentlicher Debatte diagnostizieren der Demokratie eine ihrer tiefsten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Das renommierte V-Dem-Institut in Göteborg misst anhand hunderter Parameter das Ausmaß freiheitlich-demokratischer Werte weltweit und diagnostiziert einen deutlichen Rückgang, sogar eine regelrechte Welle der Autokratisierung. Der Historiker Till van Rahden spricht von der Demokratie als „gefährdeter Lebensform“¹, andere von einer „großen Regression“². Noch Ende der 1990er Jahre schien der weltweite Siegeszug der liberalen Demokratie ausgemacht; heute verfestigen sich stattdessen vielerorts illiberale Demokratien, in denen Gewaltenteilung und freie Medien systematisch zurückgedrängt werden.

Als Erklärung wird häufig auf eine gesellschaftliche Polykrise verwiesen: Demokratien gelingt es zunehmend schlechter, Wohlstand zu sichern und gerecht zu verteilen; mit dem brüchig werdenden Fortschrittsnarrativ schwindet zugleich der Glaube an eine bessere Zukunft – eine zentrale Triebfeder, sich in demokratische Gestaltungsprozesse einzubringen. Gleichzeitig scheint die Ambiguitätstoleranz, also die Fähigkeit, Mehrdeutigkeit und widersprüchliche Informationen auszuhalten, zu erodieren. Die Folge ist ein Debattenklima entlang klarer Freund-Feind-Schemata sowie wachsendes Misstrauen gegenüber Wissenschaft, Medien und Politik – der Soziologe Aladin El-Mafaalani spricht von „Misstrauensgemeinschaften“³.

Als Konsequenz gewinnen die extremen Ränder des politischen Spektrums für immer mehr Bürgerinnen und Bürger an Attraktivität, in Teilen Europas sind insbesondere extrem rechte oder gar faschistoide Positionen nicht länger geächtet oder auf den Rand des Spektrums begrenzt. Vielmehr reichen diese mittlerweile weit in die Mittelschichten hinein – wie erst jüngst wieder die sogenannte Leipziger Autoritarismus-Studie⁴ gezeigt hat:

Auch dort werden autoritäre Dynamiken und rechts-extreme Einstellungen mehr und mehr normalisiert. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen argumentieren die Soziologin Carolin Amlinger und der Soziologe Oliver Nachtwey in ihrem

”

Demokratien gelingt es zunehmend schlechter, Wohlstand zu sichern und gerecht zu verteilen; mit dem brüchig werdenden Fortschrittsnarrativ schwindet zugleich der Glaube an eine bessere Zukunft.

neuen Buch, dass heutige Autokratinnen und Autokraten die politische Macht nicht mit gewalttätigen Coups an sich reißen, sondern oftmals demokratisch gewählt werden. Daher sprechen sie auch vom „demokratischen Faschismus“⁵, der in der Demokratie verankert ist und sich als ihr Erneuerer versteht. Er steht damit im Gegensatz zum historischen Faschismus, der die Demokratie bekämpfte.

KI-Technologien, algorithmusgesteuerte Plattformen und die Mediennutzung junger Menschen

Parallel zu diesem politischen Zyklus geraten Demokratien durch aktuelle technologische Entwicklungen zusätzlich unter Druck. KI-Technologien sind dabei nicht per se eine demokratiefeindliche Kraft – entscheidend sind Nutzungskontexte und die Interessen der dahinterstehenden Akteurinnen und Akteure. Allerdings prägen neoreaktionäre Weltanschauungen einflussreicher Tech-Akteure die Gestaltung vieler dieser Systeme. Nach Rainer Mühlhoff bewirkt die von ihnen eingeforderte aggressive Innovationskultur „mehr als nur den Abbau von politischen und moralischen Beschränkungen – sie bewirkt eine massive Machtverschiebung weg von demokratischen Institutionen hin zu privatwirtschaftlichen Akteuren“⁶. Auch Denkfiguren wie der digitale Solutionismus – die Vorstellung, komplexe gesellschaftliche Probleme ließen sich vorrangig technologisch lösen – prägen das Selbstverständnis vieler einflussreicher Tech-Akteure⁷ und wirken sich auf Gestaltung jener Plattformen aus, die insbesondere junge Menschen tagtäglich nutzen.

Zwischen dem zwölften und sechzehnten Lebensjahr entwickeln sich jene kognitiven Fähigkeiten, die es erlauben, sich mit politischen Sachverhalten auseinanderzusetzen und eigene Positionen zu entwickeln – und genau in dieser Lebensphase finden politische Bildung und Informationsbeschaffung für viele Jugendliche zunehmend in sozialen Medien statt.⁸ Anders als klassische Nachrichtenmedien vermitteln Plattformen wie

TikTok, Instagram oder YouTube politische Inhalte häufig vermischt mit Unterhaltung über Influencerinnen und Influencer, Kurzvideoformate und personalisierte Feeds.⁹ Der Prozess der Meinungsbildung ist dabei von der Herausbildung dauerhafter Einstellungen und Werte zu unterscheiden.¹⁰ Für die demokratische Sozialisation und Bildung Jugendlicher sind jedoch beide Dimensionen relevant, da sich durch wiederholte Meinungsäußerungen in algorithmisch kuratierten Umgebungen langfristig auch stabilere politische Einstellungen entwickeln können.

”

Sachlicher Dissens wird in der Kommunikationslogik dieser Medien systematisch geschwächt, während affektive Reaktionen durch technische Mechanismen wie Liken oder Sharen gezielt verstärkt werden.

Entscheidend ist dabei die Funktionslogik der zugrundeliegenden Algorithmen: Sie sind nicht auf Ausgewogenheit oder demokratische Deliberation hin optimiert, sondern auf Aufmerksamkeit und Verweildauer. Empfehlungssysteme stufen Inhalte dann als erfolgreich ein, wenn sie besonders viel Interaktion erzeugen. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung sind das eher

emotionalisierende und zugespitzte als nüchterne, ausgewogene Beiträge.¹¹ Die affektive Intensität dieser Plattformen ist ungleich höher als die klassischer Massenmedien früherer Zeiten: Sachlicher Dissens wird in der Kommunikationslogik dieser Medien systematisch geschwächt, während affektive Reaktionen durch technische Mechanismen wie Liken oder Sharen gezielt verstärkt werden. Die Funktionslogik lässt sich zusammenfassen als „Empfindung dominiert gegenüber dem Argument“¹².

Hinzu kommt, dass insbesondere die extremen politischen Ränder auf diesen Plattformen vor allem gesellschaftliche Gefühle des Unbehagens, wie Enttäuschung, Einsamkeit, Misstrauen und Angst, verstärkend bewirtschaften. Für Jugendliche, die einen erheblichen Teil ihrer politischen Informationen über solche Feeds beziehen, bedeutet dies nicht nur ein grundlegend anderes Verhältnis zu politischer Information als für frühere Generationen – es birgt auch ein erhebliches Risiko der politischen Radikalisierung. Denn politische Identitäten entstehen in dieser Funktionslogik nicht selten durch das Konstruieren von gemeinsamen Gegnern und Feinden. Mit zunehmender Dominanz der Gruppenidentität wächst die Neigung zur Stereotypisierung von Fremdgruppen, die von Abwertungen und Beschimpfungen begleitet sein kann.¹³

”

Denn politische Identitäten entstehen in dieser Funktionslogik nicht selten durch das Konstruieren von gemeinsamen Gegnern und Feinden.

Aktuelle Studien zeigen, dass diese Dynamik von Akteurinnen und Akteuren am extremen politischen Rand gezielt genutzt wird: Rechtsextreme Gruppierungen nutzen TikTok niedrigschwellig, um den ersten Kontakt aufzunehmen. Anschließend leiten sie die jungen Nutzerinnen und Nutzer in geschlosseneren Räume wie Discord oder Telegram weiter, wo sich extremistische Einstellungen der Öffentlichkeit entzogen weiter verfestigen können.¹⁴

Zugleich zeigt die Forschung, dass die vielzitierte These der „Filterblase“ empirisch keineswegs eindeutig belegt ist; ideologische Vorprägungen scheinen für die Ausbildung extremer Einstellungen mindestens ebenso bedeutsam zu sein wie algorithmische Verstärkungseffekte.¹⁵ Für die demokratische Einhegung dieser Plattformen ist dieser Befund in zweifacher Hinsicht relevant: Zum einen droht die algorithmische Bevorzugung extremistischer Inhalte ohnehin vorhandene gesellschaftliche Polarisierungstendenzen zu verstärken. Zum ande-

ren erscheint es wichtig, monokausale Erklärungen zu vermeiden und Mediennutzung, familiäre und schulische Sozialisation sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen gemeinsam in den Blick zu nehmen und Demokratiebildung neu zu denken.

”

Die demokratische Herausforderung besteht somit weniger darin, junge Menschen von sozialen Medien fernzuhalten, als vielmehr darin, die zugrundeliegenden Plattformarchitekturen selbst zum Gegenstand demokratischer Gestaltung zu machen.

Viele Jugendliche sind sich der Risiken digitaler Informationsräume durchaus bewusst und nutzen soziale Medien auch zur politischen Selbstermächtigung und Partizipation jenseits etablierter Kanäle.

Die demokratische Herausforderung besteht somit weniger darin, junge Menschen von sozialen Medien fernzuhalten, als vielmehr darin, die zugrundeliegenden Plattformarchitekturen selbst zum Gegenstand demokratischer Gestaltung zu machen.

Auf dem Weg zu einer hybriden Intelligenz: KI gestalten und demokratische Selbstbestimmung stärken

Mit den skizzierten Risiken für die demokratische Meinungsbildung junger Menschen stellt sich die Frage, wie Gesellschaften sicherstellen können, dass KI-gestützte Plattformen mehr Nutzen als Schaden anrichten. Eine naheliegende Antwort kann Gestaltung heißen – nicht um Chancen der neuen Technologien einzuschränken, sondern um ihren verantwortungsvollen Einsatz zu ermöglichen, indem gesellschaftlich ausgehandelte Leitplanken gesetzt werden. Diese Aufgabe darf, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Eigeninteressen der Plattformbetreiber, nicht privatwirtschaftlichen Unternehmen allein überlassen werden.

Auf europäischer Ebene formulieren sowohl der AI Act als auch der Digital Services Act bereits Anforderungen an algorithmische Transparenz und an den Schutz Minderjähriger vor manipulativen Plattformdesigns. Offen ist, ob die Durchsetzungskraft der EU ausreicht, um das Verhalten global agierender Plattformbetreiber tatsächlich zu verändern – insbesondere hinsichtlich ihrer Verpflichtung, veröffentlichte Inhalte auf ihre demokratie-

schädliche Wirkung hin zu überprüfen und gegebenenfalls auch zu entfernen. Dazu zählen unter anderem Fakenews, Hate-speech, gezielte Desinformation und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

„
Eine naheliegende Antwort kann Gestaltung heißen – nicht um Chancen der neuen Technologien einzuschränken, sondern um ihren verantwortungsvollen Einsatz zu ermöglichen, indem gesellschaftlich ausgehandelte Leitplanken gesetzt werden.

mismusforschung nachhaltige Maßnahmen und Konzepte für die Bildungs- und Präventionsarbeit entwickelt.

In der EU diskutiert werden zudem Ansätze, die bereits auf der Ebene der Technikgestaltung selbst ansetzen, etwa ein quasi-hippokratischer Eid für KI-Ingenieurinnen und -Ingenieure, der die Vereinbarkeit von

Systementwicklung mit demokratischen und sozialen Zielen verbindlich machen soll. Hier könnte die Politik über eine Förderung interdisziplinärer KI-Sicherheitsforschung gezielt Anreize setzen, die dabei helfen, menschenzentrierte und mit demokratischen Grundwerten kompatible KI-Technologien zu entwickeln.

Die Bundesregierung nimmt sich der Gestaltungsaufgabe an

Technologien sind keine Naturgewalten, sondern Gestaltungsaufgaben. Die Bundesregierung hat erkannt, dass es geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise bei der Gestaltung von KI-Technologien braucht: In der aktuellen Hightech Agenda Deutschland (HTAD) kommt diesen Disziplinen daher konsequenterweise eine Schlüsselrolle bei der verantwortungsvollen und menschenzentrierten Gestaltung des gesellschaftlichen Umgangs mit neuen Technologien zu. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

Eine solche Gestaltung gelingt besonders gut in Demokratien, denn sie braucht eine aufgeklärte Öffentlichkeit und unabhängige Informationen. Erst die gemeinsame Reflexion über den gesellschaftlichen Umgang mit KI-Technologien und den damit verbundenen Plattformen sozialer Medien ermöglicht Formen „hybrider Intelligenz“: Die Maschine arbeitet zu – als Werkzeug für den Menschen. Der Mensch ordnet ein, übernimmt Verantwortung und gestaltet die demokratische Einhegung dieser Technologie. Eine so gestaltete Technologie ist eine der Gesellschaft dienende Technologie. ■

”

Die Maschine arbeitet zu – als Werkzeug für den Menschen. Der Mensch ordnet ein, übernimmt Verantwortung und gestaltet die demokratische Einhegung dieser Technologie.

Quellenangabe

¹ Vgl. Van Rahden, Till (2019). *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

² Vgl. Geiselberger, Heinrich (Hrsg.). (2017). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation unserer Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

³ Vgl. El-Mafaalani, Aladin (2025). *Misstrauensgemeinschaften. Zur Anziehungskraft von Populismus und Verschwörungsideologien*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

⁴ Vgl. Decker, Oliver et al. (2024). *Die Leipziger Autoritarismus-Studie - Vereint im Ressentiment*. Leipzig: Psychosozial-Verlag.

⁵ Vgl. Amlinger, Carolin & Nachtwey, Oliver (2025). *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

⁶ Mühlhoff, Rainer (2025). *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus*. Stuttgart: Reclam-Verlag, S. 67.

⁷ Vgl. dazu Nezik, Ann-Kathrin (10. Juli 2026): *Elon Musk, Jeff Bezos, Peter Thiel – Tech-Milliardäre, Demokratie und Staatsideologie*. Süddeutsche Zeitung.

⁸ Vgl. Griesse, Hannah; Brüggem, Niels; Materna, Georg & Müller, Eric (2020). *Politische Meinungsbildung Jugendlicher in sozialen Medien. Zugänge, ausgewählte Befunde und aktuelle Einblicke in ein interdisziplinäres Forschungs-*

feld. Hg. v. JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. München (Arbeitspapiere aus der Forschung, 1).

⁹ Vgl. Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (Hrsg.). (2026). Nachrichtennutzung. *BzKJAKTUELL*, 2.

¹⁰ Vgl. Materna, Georg (2022). *Soziale Medien und die (politische) Meinungsbildung Jugendlicher*. *Journal für politische Bildung*, <https://demokratie.jff.de/artikel/soziale-medien-und-die-politische-meinungsbildung-jugendlicher/> [31.08.2026].

¹¹ Franke, Lara (2024). *Rechtsextreme Strategien in den Sozialen Medien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/549324/rechtsextreme-strategien-in-den-sozialen-medien/ [31.08.2026].

¹² Amlinger & Nachtwey, 2025, S. 284.

¹³ Vgl. Griesse et al., 2020.

¹⁴ Vgl. Franke, Lara & Hajok, Daniel (2022). Rechtsextremismus im Social Web. Mit neuen Propagandastrategien nun auch bei TikTok? *JMS Jugend Medien Schutz-Report*, 2–4.

¹⁵ Vgl. den Forschungsüberblick in: Schröder, Carl Phillip et al. (2024). Online-Aktivitäten und rechtsextreme Einstellungen im Jugendalter. *Medienpädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung*, Themenheft 59, S. 77–103.

Dr. Cedric Janowicz

Abteilungsleiter
Gesellschaften der Zukunft

Dr. Cedric Janowicz hat Soziologie, Sozialpsychologie und Politische Theorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert. Neben der Extremismus- und Demokratieforschung liegt sein inhaltlicher Schwerpunkt auf Themen, die sich an der Schnittstelle von Technologie und Gesellschaft bewegen.

Er arbeitet seit 2008 für den DLR Projektträger und leitet seit 2016 die Abteilung *Gesellschaften der Zukunft*. Gemeinsam mit Dr. Kerstin Lutteropp verantwortet er dort die Umsetzung des Rahmenprogramms „Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten“ des Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Themenschwerpunkte sind hier unter anderem Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Extremismusforschung sowie Kulturelles Erbe. ■





DEMOKRATIEBILDUNG JUNGER MENSCHEN

Mündig wird, wer mitgestalten darf



ein Interview mit
Dr. Désirée Kleiner-Liebau



Im Interview berichtet Désirée Kleiner-Liebau, wie Demokratiebildung die Mündigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärkt, warum und welche analogen Räume dafür zentrale Lernorte sind und was aus ihrer Sicht ein gutes Angebot ausmacht.

Frau Kleiner-Liebau, Cedric Janowicz hat in seinem Beitrag beschrieben, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene politische Informationen heute vor allem über TikTok und andere soziale Netzwerke beziehen. Dort mangelt es häufig an journalistischen Standards, Faktenchecks und einer Einordnung. Welche Rolle spielt Demokratiebildung angesichts dieser Entwicklung und wo findet sie eigentlich statt?

Kleiner-Liebau: Soziale Netzwerke haben zwar Einfluss auf die politische Haltung vieler junger Menschen. Demokratische Kompetenzen werden jedoch immer noch vor allem in analogen Räumen erworben und eingeübt.

Demokratiebildung beginnt in Deutschland im formalen Bildungssystem schon in der frühkindlichen Bildung. In Kindertagesstätten lernen Kinder im besten Fall erste Formen von Beteiligung und Mitbestimmung kennen und üben den respektvollen Umgang miteinander.

In der allgemeinbildenden Schule ist Demokratiebildung in drei Säulen verankert: als Unterrichtsgegenstand, insbesondere in den Fächern Politik und Geschichte, als fächerübergreifendes Bildungsziel und zunehmend im Rahmen einer demokratischen Schulentwicklung. Für den Aufbau einer demokratischen Schulkultur braucht es zum einen Möglichkeiten der echten Mitgestaltung für Schülerinnen und Schüler und zum anderen die Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Partnern.

Und was sind außerschulische Lernorte?

Kleiner-Liebau: Die Forschung zur politischen Sozialisation zeigt auf, wie zentral der Lernort Familie für die Vermittlung demokratischer Werte und die Herausbildung politischer Haltungen ist.

Neben der Schule, die alle Menschen in ihrer Bildungsbiografie erreicht, leisten außerschulische Akteure wie Jugendverbände, Sportvereine und Einrichtungen der

kulturellen und historischen Bildung, wie etwa Gedenkstätten, wichtige Beiträge.

Entsprechend vielfältig sind die direkt und indirekt involvierten Akteure, deren Kernzielgruppen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind. Von Bibliotheken über Stiftungen bis hin zu Kommunen übernehmen sie unterschiedliche Aufgaben, häufig in Kooperation miteinander. Vernetzung und Austausch sind für das gelungene Demokratielernen entscheidend. Wir im DLR Projektträger bringen in unseren unterschiedlichen Aktivitäten solche Akteure miteinander in den Austausch und ermöglichen den Transfer von Good Practice untereinander – aber auch von Forschungsergebnissen in die Praxis.

„
**Vernetzung und
Austausch sind
für das gelungene
Demokratielernen
entscheidend.**

Schulisches und außerschulisches sowie formales, non-formales und informelles Demokratielernen – lässt sich das überhaupt klar voneinander abgrenzen?

Kleiner-Liebau: Nein, weil Kinder und Jugendliche sich ständig und mehrmals am Tag zwischen den verschiedenen Lernorten und Lebenswelten hin und her bewegen. Daher sollten wir beim Erwerb grundlegender Kompetenzen für das demokratische Zusammenleben den gesamten Sozialraum betrachten.

Idealerweise verstehen sich formale Bildungsinstitutionen wie Kita und Schule bereits als wichtige Orte und Partner in ihrem direkten räumlichen Umfeld. Die schrittweise Einführung des Ganztagsbetriebs beispielsweise kann an vielen Stellen nur in einer engen Kooperation aller

Akteure vor Ort in den Kommunen geleistet werden. Außerschulische Träger und Partner nutzen für ihre Angebote neben eigenen Räumen auch die Räume der Schule. Damit hat gerade der Ganztag mit seinen vielfältigen Verschränkungen und Anknüpfungsmöglichkeiten großes Potenzial

für Demokratiebildung. In dieser Gesamtschau vermischt sich täglich formales, non-formales und informelles Demokratielernen.

Dies betrifft die allgemeinbildenden Schulen. Aber wir wissen, dass ab der Sekundarstufe II die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in Deutschland, das heißt ungefähr zwei Drittel, an beruflichen Schulen und in betrieblichen Ausbildungen eingebunden ist. Welche Rolle spielt die Demokratiebildung in der beruflichen Bildung?

Kleiner-Liebau: Die berufliche Bildung bietet ein bislang noch wenig erschlossenes Potenzial für die Stärkung demokratischer Handlungskompetenz – sowohl in

Deutschland als auch auf europäischer Ebene. Millionen junger Menschen durchlaufen eine Ausbildung und erleben Betriebe und Berufsschulen als zentrale Lern- und Erfahrungsorte gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade darin liegt ein besonderer Ansatzpunkt für die Demokratiebildung: Mitbestimmung, der konstruktive Umgang mit unterschiedlichen Interessen, Vielfalt und die Übernahme von Verantwortung können hier nicht nur vermittelt, sondern im beruflichen Alltag konkret erfahren und eingeübt werden. Aktuelle europäische Initiativen wie das Europäische Schutzschild für Demokratie unterstreichen die wachsende Bedeutung demokratischer Resilienz. Sie eröffnen zugleich die Chance, die besonderen Bedingungen und Potenziale der beruflichen Bildung und des dualen Lernens künftig stärker in die europäische Demokratiepoltik einzubeziehen.

”

Die berufliche Bildung bietet ein bislang noch wenig erschlossenes Potenzial für die Stärkung demokratischer Handlungskompetenz – sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene.

Wir entwickeln gerade gemeinsam mit Partnern aus elf europäischen Ländern einen Forschungsantrag, der genau diese Frage für Europa systematisch untersucht – von Norwegen bis Kroatien, von der Industrie bis zur Pflege. Damit greifen wir eine Fragestellung auf, die nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Demokratiebildung in Europa – wo steht sie?

Die Europäische Union misst der Stärkung demokratischer Resilienz und gesellschaftlicher Teilhabe eine zunehmend zentrale Bedeutung bei. Mit dem [European Democracy Shield](#) und den aktuellen Ausschreibungen im Rahmen von [Horizon Europe – Cluster 2: Culture, Creativity and Inclusive Society](#) fördert die Europäische Kommission Forschung zu demokratischer Teilhabe, Medienkompetenz, gesellschaftlichem Zusammenhalt und resilienten Demokratien.

Vor diesem Hintergrund koordiniert der DLR Projektträger die Entwicklung des europäischen Forschungsvorhabens VOYAGE (Voices Of Young People in Apprenticeships and Civic enGagement in Europe). In dem Projekt wird untersucht, unter welchen Bedingungen junge Menschen in der beruflichen Bildung demokratische Handlungsfähigkeit entwickeln und wie Politik, Betriebe und Berufsschulen diese gezielt fördern können.

Der [Education and Training Monitor 2025](#) zeigt, dass Civic Knowledge europaweit eng mit politischer Selbstwirksamkeit, demokratischer Teilhabe und einem reflektierten Umgang mit politischen Informationen im digitalen Raum zusammenhängt. Gleichzeitig verdeutlichen erhebliche soziale Ungleichheiten beim Erwerb von Civic Knowledge den Bedarf an inklusiven Bildungsansätzen, insbesondere auch in der beruflichen Bildung.

Für [Deutschland](#) zeigt der Monitor zudem, dass Schülerinnen und Schüler zwar ein hohes Interesse an politischen Themen aufweisen, aber Defizite in der politischen Bildung haben. Ihre politische Selbstwirksamkeit liegt dabei unter dem europäischen Durchschnitt. An dieser Schnittstelle setzt VOYAGE an und untersucht, wie demokratische Handlungsfähigkeit insbesondere in der beruflichen Bildung nachhaltig gestärkt werden kann. ■



European Democracy
Shield



Horizon Europe



Education and
Training Monitor



European Space for
Citizenship Education



European Skills
Agenda

Der Begriff „Demokratiebildung“ wird je Kontext unterschiedlich verwendet. Was versteht man darunter?

Kleiner-Liebau: Tatsächlich existieren mehrere Begriffe nebeneinander: politische Bildung, Demokratiebildung, Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung und allgemeine Demokratieförderung. Eine allgemein gültige wissenschaftliche oder bildungspolitische Abgrenzung der Begriffe gibt es bisher nicht.

Der Begriff „Demokratiebildung“ kam erst in den 2010er-Jahren auf und ist damit vergleichsweise neu. Im Fokus steht die subjektorientierte Förderung politischer Mündigkeit, also das Individuum, im Gegensatz zur auf der systemischen Perspektive basierenden „Demokratieförderung“. Während die Demokratieförderung die Systemstabilität und Prävention direkt zum Ziel hat, zielt die Demokratiebildung darauf ab, die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Eine demokratisch handlungsfähige Bürgerschaft stärkt wiederum langfristig die Demokratie. In der politischen Bildung hat sich daher die Formel etabliert: Lernen über, durch und für Demokratie.

”

Während die Demokratieförderung die Systemstabilität und Prävention direkt zum Ziel hat, zielt die Demokratiebildung darauf ab, die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Demokratie wird dabei nicht nur als Staats- und Regierungsform verstanden, sondern auch als Lebens- und Gesellschaftsform. Das heißt: Menschen haben eine demokratische Haltung, übernehmen Verantwortung und handeln demokratisch.

Wenn die Begriffe nicht eindeutig voneinander abgegrenzt sind, wie entscheiden Sie, welche Projekte der Demokratiebildung zuzuordnen sind? Welche Konsequenzen oder Chancen hat die begriffliche Offenheit für Förderprogramme?

Kleiner-Liebau: Unabhängig davon, welche Begriffe in konkreten Kontexten verwendet werden, herrscht in Forschung und Praxis große Einigkeit darüber, welche konkreten Fähigkeiten und Kompetenzen grundlegend sind, damit Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können und das Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften gelingen kann. Viele der Programme und Maßnahmen, die wir im DLR Projektträger begleiten, zahlen auf die Förderung dieser Kompetenzen ein, auch wenn sie nicht immer direkt unter dem Stichwort „Demokratiebildung“ verhandelt werden, sondern vorrangig anderen Bereichen wie der digitalen Bildung, der Medienbildung, der kulturellen Bildung oder der Bildung für nachhaltige Entwicklung zugeordnet sind. Diese Schnittmengen und Anknüpfungspunkte müssen wir in unserer Arbeit immer mitdenken. Dazu sind wir über Abteilungen und Bereiche hinweg im DLR Projektträger vernetzt.

Welche Fähigkeiten und Kompetenzen sind konkret gemeint?

Kleiner-Liebau: Demokratie lebt von der Mündigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie funktioniert nur, wenn Menschen Informationen kritisch bewerten, unterschiedliche Perspektiven nachvollziehen und bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Gerade unter den Bedingungen von Desinformation, gesellschaftlicher Polarisierung und algorithmisch gesteuertem Informationsfluss braucht es Bildungsangebote, die das fördern. In den Worten der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung: Demokratie „muss gewollt, gelernt und geübt werden“¹.

Demokratiebildung vermittelt ganz unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen, die Menschen zu demokratischer Teilhabe befähigen und demokratische Wertehaltungen stärken. Menschen müssen in die Lage versetzt werden, mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen, denen sie in Demokratien weltweit gegenüberstehen. Dafür sind sowohl methodische als auch soziale und personale Kompetenzen notwendig.

”

Demokratie lebt von der Mündigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie funktioniert nur, wenn Menschen Informationen kritisch bewerten, unterschiedliche Perspektiven nachvollziehen und bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Zu den methodischen Kompetenzen gehören kritische Analyse und Urteilsfähigkeit sowie Informations- und Medienkompetenz. Sie ermöglichen es, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen einzuordnen und beispielsweise Desinformation zu erkennen.

Eine große Rolle spielt auch Kommunikationsfähigkeit: Menschen müssen zuhören, argumentieren sowie Kritik konstruktiv äußern und aufnehmen können.

Hinzu kommen soziale und personale Kompetenzen wie Perspektivwechsel und Empathie, Konfliktfähigkeit und Kooperationsbereitschaft, aber auch Selbstreflexion und ethische Urteilsbildung. Menschen müssen lernen, Perspektiven des Gegenübers einzunehmen, um auch dagegen argumentieren zu können. Schließlich fördert Demokratiebildung auch die Motivation und die Fähigkeit, sich in demokratische Gestaltungsprozesse einzubringen.

Was macht aus Ihrer Sicht ein gutes Format für Demokratiebildung aus?

Kleiner-Liebau: Aus meiner Sicht ist ein entscheidender Punkt, dass Formate nicht nur von Erwachsenen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ausgedacht werden. Die junge Zielgruppe sollte Inhalte und Formate entsprechend ihrer eigenen Ideen und Bedarfe mitgestalten. Das setzt allerdings voraus, dass Angebote stark prozess- und weniger ergebnisorientiert sind. Demokratische Handlungsfähigkeit entsteht nicht allein durch Wissensvermittlung – sie entsteht durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Verantwortungsübernahme.

”

Die junge Zielgruppe sollte Inhalte und Formate entsprechend ihrer eigenen Ideen und Bedarfe mitgestalten.

Können Sie konkrete Beispiele für gelungene Angebote im schulischen und außerschulischen Kontext nennen?

Kleiner-Liebau: Wir dürfen seit vielen Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) den Wettbewerb „Demokratisch Handeln“² begleiten.

Jedes Jahr werden hier Gewinnerprojekte ausgezeichnet, die alle Beispiele für gelungene Projekte sind. Sie sind vielfältig und in den Inhalten sehr unterschiedlich, weil sie von den Kindern und Jugendlichen selbst gestaltet werden. Die Projekte sind gemeinsame Aktionen, Ausstellungen, Filme, journalistische Beiträge, Podcasts, Zeitungen, Social-Media-Projekte, Kunstwerke, Kinder- und Jugendparlamente, Facharbeiten, literarische und musikalische Projekte, Theaterstücke, Spieleentwicklung und

”

Demokratiebildung ist keine kurzfristige oder zeitlich begrenzte Reaktion auf Krisen, sondern eine langfristige Daueraufgabe, die weiterentwickelt und gestärkt werden muss.

vieles mehr. Der Wettbewerb bietet außerdem die Möglichkeit, sich nach einer eigenen Teilnahme als Juniorbotschafterin oder Juniorbotschafter, die sogenannten „YouBos“, weiter zu engagieren und damit früh gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Wenn Sie zum Schluss einen Wunsch für die Demokratiebildung frei hätten, welcher wäre das?

Kleiner-Liebau: Demokratiebildung ist auf lebenslanges Lernen angewiesen. Ich wünsche mir, dass sie in allen Lebensbereichen, für Menschen jeden Alters selbstverständlich mitgedacht wird und in allen formalen Bildungsinstitutionen dauerhaft einen festen Platz hat. Demokratiebildung ist keine kurzfristige oder zeitlich begrenzte Reaktion auf Krisen, sondern eine langfristige Daueraufgabe, die weiterentwickelt und gestärkt werden muss. ■

Quellenangabe

¹ Vgl. Gemeinnützige Hertie-Stiftung (2023). Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen. Frankfurt am Main: Gemeinnützige Hertie-Stiftung, S. 3.

² www.demokratisch-handeln.de

Dr. Désirée Kleiner-Liebau

Abteilungsleiterin

Kulturelle und politische Bildung

Dr. Désirée Kleiner-Liebau hat Politikwissenschaft studiert und an der Universität Freiburg zu Migration, Integration und Bildung promoviert. Seit 2011 bringt sie ihre Expertise zu politischer Bildung, Sozialisation und Haltung sowie zu den Grundlagen von Demokratien in die Arbeit des DLR Projektträgers ein.

Ihr Schwerpunkt liegt auf Bildungsforschung und Bildungspraxis – insbesondere in der frühkindlichen, kulturellen und politischen Bildung. Sie begleitet Forschung und Praxis der Demokratiebildung mit besonderem Blick auf außerschulische Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie deren Verzahnung mit Schule. Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, Kompetenzerwerb und die Wirkung von Bildungsmaßnahmen zählen zu den zentralen Themen ihrer Arbeit.

Seit 2021 leitet sie die Abteilung *Kulturelle und politische Bildung*. Dort berät sie Förderinstitutionen strategisch, vernetzt Akteurinnen und Akteure aus Forschung und Praxis und begleitet den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Demokratiebildung ist ihr ein besonderes Anliegen. Sie vertritt den Ansatz, dass demokratische Werte aktiv gelebt und geschützt werden müssen, damit Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft frei leben können. ■



Impressum

Herausgeber

DLR Projektträger
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
www.projekttraeger.dlr.de

Vorsitzender der Geschäftsleitung: Klaus Uckel

Herausgebende Fachbereiche

Bildung, Gender (Leitung: Dr. Astrid Fischer)
Gesellschaft, Information, Technologie (Leitung: Martin Wegner)

Redaktion

Dr. Monika Socha, Dr. Anne Rother (verantwortlich)
Unternehmenskommunikation DLR Projektträger

Gestaltung

Kompetenzzentrum Öffentlichkeitsarbeit DLR Projektträger

Mitarbeit

Lovis Krüger, Marlon Bohnwagner
Unternehmenskommunikation DLR Projektträger

Nutzungsrechte

Die Texte dieser Publikation sind unter folgender Lizenz veröffentlicht:
BY-ND 4.0 Die Lizenzbedingungen sind nachzulesen unter:
www.creativecommons.org/licenses

Zitiervorschlag

DLR Projektträger (2026). *Demokratiebildung neu denken*.
Edition, 1. Bonn: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Verfügbar unter:
<https://magazin.projekttraeger.dlr.de/edition-01>

©DLR Projektträger 2026

DLR Projektträger

Der DLR Projektträger bietet als einer der größten Projektträger Deutschlands seit über 50 Jahren umfassende, wissensbasierte Dienstleistungen rund um das Management von Forschung, Bildung und Innovation. Zu seinen Auftraggebern gehören Bundesministerien, die Europäische Kommission, Bundesländer sowie Wissenschaftsorganisationen und Verbände. Er berät zu Strategien und Programmen, steuert begleitende Dialogprozesse, plant und übernimmt die operative Umsetzung von Förderprogrammen, unterstützt den Wissenstransfer und evaluiert die Wirkung von Programmen oder Initiativen seiner Auftraggeber. Die rund 1.600 hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DLR Projektträgers betreuten im Jahr 2025 mehr als 12.500 Vorhaben mit einem Fördervolumen von 1,81 Milliarden Euro.

Das Themenspektrum des DLR Projektträgers reicht von Bildung, Chancengleichheit, Gesundheit, Gesellschaft, Innovation, Technologie über Umwelt und Nachhaltigkeit bis hin zu europäischer und internationaler Zusammenarbeit und wird je nach Anforderung auch inter- und transdisziplinär angeboten. Die Kompetenzzentren Wissenschaftskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit sowie Analyse und Evaluation runden das Portfolio ab.

Der DLR Projektträger ist eine zentrale Säule des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und ergänzt dessen wissenschaftliche Ausrichtung. Weitere Informationen zu Tätigkeiten des DLR Projektträgers: <https://projekttraeger.dlr.de>

elms

zwei.